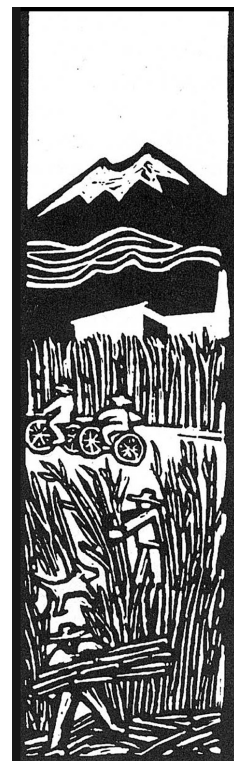




rechtshilfefonds für die landkämpfe in mittelamerika



info 5 • dezember 2013

E10-Agrospritverordnung und Freihandelspolitik der EU ...

... treiben die Ausdehnung von Agrar-Exporten und Plantagenwirtschaft in Mittelamerika voran – ungeachtet der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, Landvertreibungen und dem prekären Gesundheitsschutz.

Kraftstoffe aus Biomasse (Agrokraftstoffe) sind in den vergangenen Jahren durch Beimischungsquoten, Investitionsanreize und steuerliche Vergünstigungen stark gefördert worden. In vielen Ländern des globalen Südens hat dies mit beigetragen zu einer erheblichen Zunahme des Anbaus von Energiepflanzen in Monokulturen. Die neu entstandenen Großplantagen werden mit hohem Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden betrieben. Um eine hohe Produktivität zu garantieren, kommen teilweise Chemiecocktails mit bis zu 26 Pestiziden zum Einsatz, die flächendeckend von Flugzeugen oder von großen Besprühungsanlagen aufgebracht werden. Die Folgen für die Plantagenarbeiter_innen und die in der Nähe der Felder lebenden Familien sind furchtbar: Niereninsuffizienz in den Zuckerrohrplantagen oder Leukämie in der Sojaproduktion sind nur die bekanntesten Fälle. Agrokraftstoffe erfüllen zudem nicht, was sie versprechen – nämlich die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im Gegenteil: Durch den expandierenden Anbau von Energiepflanzen (insbesondere Ölpalme, Zuckerrohr und Soja) für Agrokraftstoffe werden Wälder und Grünland zu Ackerflächen umgenutzt; große Mengen an Kohlen-

freien EU-Zugang und einen Vorrang für den Investitionsschutz europäischer Konzerne in Zentralamerika schafft, wird voraussichtlich zu einer Verschärfung der Konflikte beitragen. Selbst die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung warnte bereits vor dem „Druck auf die Landnutzung, wenn die Folgen von Bergbau, Abholzung und Agrartreibstoff-Produktion mit einbezogen werden.“

Palmölproduktion in Honduras (Bajo Aguan) führt zu Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen*

Nach Angaben der honduranischen Zentralbank ist Palmöl das wichtigste landwirtschaftliche Exportprodukt und zählt zu den 10 wichtigsten Exportgütern des Landes. Von 2010 bis 2011 wuchsen die Deviseneinnahmen durch Palmöl von 140,4 auf 251,1 Mio. US\$. Das Palmöl wird in den Absatzländern zu 35% zu Agrardiesel sowie zu Margarine, Fett und anderen Lebensmitteln verarbeitet. Honduras, das früher die Hälfte des Bedarfs an Getreide in Mittelamerika produzierte, muss inzwischen große Mengen an Grundnahrungsmitteln importieren. Im fruchtbaren Aguán Tal (Bajo Aguán) an der honduranischen Karibikküste kämpfen 3.500 Kleinbauernfamilien gegen 3 Betreiber von Ölpalmpflanzungen um Land. Großgrundbesitzer und Regierung antworten mit extremer Gewalt. Seit dem Putsch 2009 bis März 2013 sind dort 57 KleinbauerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen ermordet worden. Keiner dieser Morde wurde bisher aufgeklärt. Nach der unabhängigen honduranischen Wahrheitskommission sind 84% der Rechtsverstöße im Land von der Polizei, den Streitkräften oder Regierungsvertretern begangen worden. Die Regierung hat zudem eine Amnestie erlassen, die den Verantwortlichen der Übergriffe und der Menschenrechtsverletzungen Straffreiheit gewährt.



Foto: <http://www.quetzal-leipzig.de>

dioxid werden dadurch freigesetzt. Die Agrokraftstoff-Beimischungsziele müssen daher auf den Prüfstand. Auch aufgrund der Kritik von NGOs hat die Umweltkommission der EU im Juli 2013 beschlossen, dass der Anteil von Agrokraftstoffen im Verkehrssektor auf 5,5% begrenzt werden solle. Das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika, welches Anreize für eine weitere Expansion der Agrokraftstoffe durch zoll-

Informationsbüro
Nicaragua e.V.
Deweertstr. 8
42107 Wuppertal
Tel: 0202-300030





Ökumenisches Büro für
Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Straße 13
81667 München

Landesdaten Honduras

Die Hälfte der Landbevölkerung lebt von weniger als einem Dollar am Tag. 300.000 Familien, das sind 1,5 Mio. Menschen, haben keinen Zugang zu Land. Das Durchschnittseinkommen der reichsten 20% ist im ländlichen Raum 30 Mal höher als das der ärmsten 20%. 67% der Bevölkerung leben in Armut: also 5,5 Mio. Menschen, davon 3,8 Mio. in extremer Armut. Zwischen 2009 und 2012 nahm die Zahl der Armen um 2,1 Mio. zu. Beim Zuckerrohr teilen sich nur 6 Produzenten eine Anbaufläche von 97.000 Hektar mit einer Rekordproduktion von 11,3 Mio. Zentner. Die Anbauflächen für Ölpalmen stiegen innerhalb weniger Jahre von 40.000 (1990) über 80.000 (2005) auf 150.000 Hektar; es werden täglich 380.000 Liter Biodiesel produziert. Die US-Botschaft schätzt das Potenzial auf 600.000 Hektar Anbaufläche. Gleichzeitig fehlen Honduras 10 Mio. Zentner Mais, 200.000 Zentner Bohnen und 500.000 Zentner Reis jährlich.

Die größten Ländereien im Bajo Aguán haben sich die 3 Palmöl-Unternehmer Miguel Facussé, Reynaldo Carnales und René Morales angeeignet. Der Mächtigste von ihnen ist Miguel Facussé, dem mehr als 16.000 Hektar Land im Aguan-Tal gehören. Seine Konzern Dinant produziert Palmöl sowohl für den Export als auch für das eigene Lebensmittelunternehmen und ist Marktführer in Honduras.

Die Organisationen der Kleinbauern fordern die Rückgabe von 20.000 Hektar Land, da sie dessen Aneignung durch die Großgrundbesitzer aufgrund von Vortäuschung falscher Tatsachen, illegaler Abmachungen oder Anwendung von Drohungen als unrechtmäßig betrachten. Staat und Unternehmen reagieren drastisch auf diese Forderungen: Nach Informationen der Untersuchungsmission von FIAN und anderen Menschenrechtsorganisationen fanden allein zwischen Januar 2010 und März 2011 mindestens 17 gewaltsame Vertreibungen von Bauerngemeinschaften im Bajo Aguán statt. MARCA (Movimiento Auténtico Renovador de Campesinos), eine der Kleinbauernorganisationen, will die Rückgabe des Lands auf gerichtlichem Wege erreichen und stützt sich dabei auf die rechtliche Gültigkeit der Landtitel seiner Mitglieder. Zwar wurde ein Urteil erlassen, wonach die Großgrundbesitzer den Angehörigen des MARCA 1.776 Hektar Land übertragen müssen. Doch bereits zwei Wochen später ließen die Rechtsanwälte der Palmölbarone das Urteil von einem eigentlich nicht zuständigen Gericht für ungültig erklären. Durch den Wechsel zur marktgebundenen Agrarreform hat die honduranische Regierung die Umverteilung des Landes faktisch verhindert und damit zur Verletzung des Rechts auf Nahrung der betroffenen Kleinbauernfamilien beigetragen.

*s. auch das Factsheet von FIAN: http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/fs2013-1_BajoAguan_screen.pdf

Foto: <http://hondurasdelegation.blogspot.de>



Kaffeeekampagne
El Salvador
c/o Dritte Welt Haus
Falkstr. 74
60487 Frankfurt

Arbeitsbedingungen auf den Zuckerrohrplantagen zur Produktion von Bioethanol verursachen chronische Niereninsuffizienz

Die Folgen des Zuckerrohranbaus in Nicaragua sind verheerend. Von 2011 bis 2012 wuchs die Produktion um 18% auf über 6 Mio. Tonnen Zuckerrohr. Der Anbau schädigt sowohl die Umwelt als auch die Gesundheit der Menschen. Die Pflanzen werden, um sie vor Schädlingen zu schützen, großflächig mit Pestiziden behandelt und vor der Ernte die Blätter dann abgeflammt. Dadurch atmen die Arbeiter mit dem Qualm und der Asche auch die Pestizide ein. In Kombination mit hoher Arbeitsbelastung und daraus folgender Dehydrierung entstehen schwerwiegende gesundheitliche Probleme – unter anderem eine chronische Niereninsuffizienz, die so gehäuft nur im Umfeld von Zuckerrohranbaugebieten auftritt. Der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge sind zwischen 2005 und 2009 über 16.000 Menschen in Mittelamerika an chronischer Niereninsuffizienz gestorben, Obgleich die Krankheit vielfältige Ursachen habe, könne neben der ungenügenden Flüssigkeitszufuhr und der schweren körperlichen Arbeit bei großer Hitze auf den Zuckerrohrplantagen der direkte Kontakt mit Pestiziden oder die Kontamination des Trinkwassers ein weiterer Grund für die Epidemie sein.

Seit 2009 ist das Protestcamp der Nierengeschädigten zu einem festen Bestandteil des Stadtbildes Managuas geworden. Sie kommen aus Chichigalpa im Norden Nicaraguas, wo sie für das Zuckerrohrunternehmen „Nicaragua Sugar Estates Limited“ der Pellas Gruppe, eine der reichsten Familien Nicaraguas arbeiteten, und haben die Selbsthilfeorganisation ANAIRC gegründet. In vergleichbarer Form wehren sich die erkrankten ZuckerrohrarbeiterInnen des guatemalteckischen Konzerns „Pantaleon“ durch Straßenblockaden und Protestaktionen ihrer Selbsthilfeorganisation ASOTAIRIC in Chinandega. Die Forderungen der beiden Selbsthilfeorganisationen sind:

- die Unternehmen müssen ihre Verantwortung für die Erkrankungen anerkennen,
- sie müssen Entschädigungen an die erkrankten Arbeiter_innen und an die Hinterbliebenen der Verstorbenen zahlen,
- Hilfe zum Überleben für die betroffenen Familien leisten,
- den Pestizideinsatz auf den Plantagen umgehend stoppen.

Von der Regierung wird eine staatliche Krankenrente gefordert, um den arbeitsunfähigen Menschen und ihren Familien eine Absicherung zu geben.

Die beiden Unternehmen leugnen jede Verantwortung für die erkrankten Arbeiter_innen. Von Seiten der Konzerne wird bestritten, dass die Niereninsuffizienz tatsächlich etwas mit dem Pestizideinsatz zu tun hätte. Die Produktion von Agrokraftstoffen in Nicaragua wird nicht nur durch die europäische Nachfrage, sondern auch durch die Förderpolitik Deutschlands in die Höhe getrieben: In einer parlamentarischen Anfrage an die Bundesregierung bestätigte diese Anfang 2012 einen Kredit der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG), Tochter der staatlichen KfW-Bankengruppe, von 10 Mio. US\$ an Pellas (Nicaragua), womit ein Kredit der Weltbank-Tochter für Risikofinanzierungen IFC (International Finance Corporation) von insgesamt 55 Mio. US\$ langfristig abgesichert wurde. Damit sollten Investitionen getätigt, die Produktivität gesteigert und die Agrospritproduktion um 25-30% erhöht werden. Einen Zusammenhang zwischen den gesteigerten Hektarerträgen, dem erhöhten Pestizideinsatz und der da-



aus folgenden Wasserverunreinigung und Zunahme von Niereninsuffizienzkrankungen wies die Bundesregierung als unbewiesen zurück (s. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/084/1708437.pdf>).

Da aber die Produktionsausweitung und -intensivierung eine direkte Folge auch der europäischen und deutschen Agrar- und Energiepolitik ist, erheben Betroffenen-Selbstorganisationen und NGOs die Forderung nach einem Kompensationsfonds für die von der chronischen Niereninsuffizienz betroffenen PlantagenarbeiterInnen. Dieser soll sich zu einem Teil aus öffentlichen Mitteln (Mittel der EU sowie aus dem Bundeshaushalt) speisen und zum anderen Teil aus den Gewinnen von Unternehmen der Privatwirtschaft, die in den Bereichen Produktion, Handel und Vermarktung von Agrokraftstoffen in bzw. aus den Ländern des globalen Südens tätig sind. Aber eine rechtliche Verpflichtung zum Schutz und zur Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen bezüglich der Nierengeschädigten auf Nicaraguas Agrospritplantagen lehnt die Bundesregierung weiterhin ab.

Mittlerweile bekommen die meisten kranken Menschen ihre staatliche Rente ausgezahlt: 50€ monatlich nach 250 Wochen Festanstellung, 150€ nach 750 Wochen – zum Überleben reicht das meist nicht. Im Herbst 2013 wurden die Verhandlungen um die seit 2009 bestehende Forderung nach Entschädigungszahlungen erneut aufgenommen. 125 Mio. US\$ sollen an 200 Personen ausgezahlt werden, die Regierung hat sich als Vermittler eingeschaltet – ein Erfolg auf Grund der Hartnäckigkeit der Streikenden und der Unterstützung sozialer Bewegungen aus dem Ausland, glaubt ANAIRC. Ihre Rundreise in Deutschland und die Unterschriftensammlung für einen Importstopp von Agrosprit haben Wirkung erzielt. Die Pellas-Gruppe und die DEG entwickeln immerhin einen Mikrofinanzfonds zur individuellen Betreuung und Gruppenberatung von 200 Kleinunternehmen und Familienbetrieben von Niereninsuffizienzopfern. Jetzt eröffnete das Gesundheitsministerium ein neues Krankenhaus mit Schwerpunkt Niereninsuffizienz in Chichigalpa – und die Pellas-Gruppe finanzierte die Einrichtung. Ob das Krankenhaus wirklich kostenlos ist und ob die Entschädigungen von Pellas in voller Höhe noch bezahlt werden, bleibt abzuwarten.

Die Selbsthilfeverbände geben nicht auf, bevor der Einsatz der giftigen Pestizide gestoppt wird, der neben den Plantagen das Grundwasser und die Flüsse verseucht.

Landesdaten Nicaragua

Nicaragua senkte in den letzten Jahren die Armutsquote von 55% auf 20% und die extreme Armut von 17,2% auf 8,2%. 2013 erhielt Nicaragua eine Auszeichnung der FAO für den Kampf gegen die Armut und für die besten Ergebnisse beim Kampf gegen Unterernährung von Kindern. Zuckerrohr wird auf einer Fläche von 77.000 Hektar angebaut mit einer jährlichen Steigerung von 10%. 2012-2013 wurde eine Rekordernte von 15,5 Mio. Zentner eingebracht. Es gibt 4 große Unternehmen. Nicaragua Sugar Estates Ltd. der Familie Pellas bewirtschaftet 25.000 Hektar Land, das ihnen gehört, sie gepachtet haben oder dessen Produktion sie aufkaufen; sie produzieren 6 Mio. Zentner Zucker und haben eine Kapazität von 450.000 Liter Ethanol pro Tag. In den letzten 2 Jahren wurde das Anbaugelände bis León und dem indigenen Territorium Sutiava um 1.100 Hektar ausgeweitet. Zur Gewinnung von Biomasse wird seit 2007 Eukalyptus auf 3.800 Hektar gepflanzt, um pro Jahr 0,9 Mio. Zentner Holz zu produzieren. Zusammen mit den 0,9 Mio. Zentner, die schon in San Antonio produziert werden, können 60 MW erzeugt werden. Palmölplantagen bewirtschaftet Palmares del Castillo SA (PALCASA) im Umfang von 3.600 Hektar im Dep. Río San Juan und Pellas in einer Raffinerie in Chinandega, wodurch 8,3 Mio. Liter Biodiesel jährlich produziert werden können. Laut Energieplan für 2017 gibt es 200.000 Hektar, die für den Zuckerrohranbau geeignet sind (513 Mio. Liter Ethanol) und 200.000 Hektar die für Palmölplantagen geeignet sind, um 662 Mio. Liter Biodiesel zu produzieren.

Konflikte wegen Agrotreibstoff-Anbau auch in Guatemala

Agrotreibstoffe haben innerhalb des letzten Jahrzehnts auch in Guatemala einen rasanten Aufstieg erlebt. Im fruchtbarsten Gebiet Guatemalas, dem „Valle de Polochic“, vertrieben Agrokonzerne Indigene Gemeinden von ihrem Land, um die Produktion von Zucker (Ethanol) und Palmöl stark auszudehnen. Selbst auf dem vom Staat zur Verfügung gestellten Ersatzland wurden kürzlich die erwarteten Ernten der indigenen Familien von Mitarbeitern der Zuckerbetriebe zerstört. Weil der im Rahmen der Friedensverträge ins Leben gerufene Landfonds vielerorts individuelle Landtitel ausgestellt hat, auch dort wo das Land kollektiv von den Gemeinden genutzt wurde, können die Unterneh-

Landesdaten Guatemala

Statistisch beträgt die Armutsquote 55% mit einem Anstieg von 2,7% in den letzten 5 Jahren. Die extreme Armut im ländlichen Raum stieg von 13,3% auf 60%. Die chronische Unterernährung bei Kindern ist mit 49,3% die höchste Zentralamerikas und eine der höchsten weltweit. Die Anbaufläche von Zuckerrohr beträgt fast 300.000 Hektar, 2003 lag sie noch bei 189.000 Hektar. 2012 wurden 60 Mio. Zentner angebaut. Die Ethanolproduktion stieg von 76 Mio. (2006) über 170 Mio (2007) auf 270 Mio. Liter jährlich. Damit ist Guatemala nach Brasilien und den USA weltweit drittgrößter Produzent. Die Gruppe Pantaleón erhielt Kredite der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank von insgesamt 50 Mio. US\$ für Modernisierungen. Ölpalmen wurden 2003 auf 32.000, 2007 auf 65.000 Hektar und 2010 auf etwa 100.000 Hektar angebaut, die sich 6 große Produzenten teilen. Seit dem Jahrtausendwechsel wurde aus Guatemala, das immer genügend Nahrungsmittel hatte, ein Land das vom Import von Nahrungsmitteln abhängig ist. Von 1990 bis 2005 nahm die Produktion von Weizen um 80,4%, von Reis um 22,7% und von Mais um 22,2% ab.

men unter Druck auf einzelne verschuldete Familien das Land günstig erwerben und die Gemeinden spalten. Beim Verkauf erzielen die Familien keinen angemessenen Preis; zudem können sie anschließend ihr eigenes Überleben nicht mehr sichern, da die Flächen für Grundnahrungsmittel immer knapper werden. So kommt es zu einer grundlegenden Veränderung lokaler sozialer Verhältnisse und der politischen Ökologie der Landnutzung. Ausdruck hiervon sind die Einführung neuer Arbeitsbeziehungen (Vertragslandwirtschaft, Saisonarbeit), die Durchsetzung privater Eigentumstitel und Verhängung exklusiver Nutzungsrechte sowie ein auf Jahre festgelegter Wandel der Landnutzung. Plantagen rechnen sich nur, wenn sie großflächig, auf mindestens 20 bis 30 Jahre angelegt und mit modernster Technologie bewirtschaftet werden.

Foto: <http://milpanetwork.wordpress.com>



Nicaragua-Forum
Heidelberg e. V.
Angelweg 3
69121 Heidelberg

Zwischenzeit e.V.
Breul 43
48143 Münster



Wer ist und was will die Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds?

Die Arbeitsgemeinschaft besteht mit vielen Auf- und Absätzen seit Mitte der 90er Jahre. Gegründet von den Infostellen Nicaragua, El Salvador und Guatemala als Ergänzung zur politischen Solidarität wird die Arbeitsgemeinschaft heute u.a. getragen vom Informationsbüro Nicaragua, Kaffeekampagne El Salvador, dem Ökumenischen Büro, dem Nicaragua-Forum Heidelberg, der Honduras Delegation, Zwischenzeit e.V.. Die Arbeitsgemeinschaft entscheidet gemeinsam über die Verwendung eingehender Spenden nach aktuellem Bedarf – zur Zeit v.a. im Rahmen der Konflikte wegen Agrosprit-Anbaus. Anfangs war es der Widerstand gegen Privatisierung, z.B. in **Nicaragua** nach der Auflösung der Kooperativen und des staatlichen Agrarreformsektors, hier konnten wir Landtitel in Kooperativenhand absichern. Später floss ein Gutteil des Geldes in politische Mobilisierung gegen eine Politik, welche die Privatisierung und die Konzentration von Land und anderen wichtigen Lebensgrundlagen fördert.



2003/2004 wurde das zentralamerikanische Freihandelsabkommen CAFTA mit den USA ausgehandelt, wodurch gerade die verarmte Landbevölkerung unter dem enormen Wettbewerbsdruck leidet und es zu Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen durch die verstärkten Investitionen in der exportorientierten Agrarindustrie, wie z.B. Shrimpsfarmen an der Küste, kommt. Wir unterstützten Organisationen in **El Salvador**, die gegen die Freihandelspolitik mobilisieren. Sie forderten Umverteilung des kultivierbaren Landes gemäß den Vereinbarungen beim Friedensabkommen von 1992; Schutz der einheimischen und kleinbäuerlichen Agrarproduktion gegen die Konkurrenz durch die großen Agrarunternehmen; ausreichende Unterstützung durch Produktionshilfen, Kredite und Rechtssicherheit. Und sie führten 2003 einen Gegenkongress parallel zur CAFTA-Verhandlungsrunde, die in San Salvador stattfand, durch: das „Treffen der Zivilgesellschaft: für die Zusammenarbeit der Basisbewegung im Widerstand gegen den Neoliberalismus und die Freihandelsabkommen“ und eine große Demonstration, den „Marsch für das Leben, die Würde und die Souveränität, NEIN ZUM FREIHANDELSABKOMMEN“. Die politischen Mobilisierungen haben zu einer breiten Politisierung der zentralamerikanischen Zivilgesellschaft beigetragen.

Neben dieser politischen Arbeit konnte der Rechtshilfefonds auch wieder ganz konkrete Landkämpfe unterstützen. So hat die Frauenkooperative Carolina Osejo (in Chinandega, im Norden **Nicaraguas**) endlich ihr Land auf den Namen der Kooperative im Kataster eintragen können. Auch die 178 Bauern und Bäuerinnen, die auf drei Kaffee-Fincas bei San Ramón leben, konnten nach über zehn Jahren des Konfliktes endlich ihr Land legalisieren; gleichzeitig begannen sie mit einer Diversifizierung der Produktion, um unabhängiger von den Kaffee-Weltmarktpreisen zu werden. Auch die von Hurrikans, Erdbeben und gewaltsamen Privatisierungen heimgesuchte Region des Bajo Lempa in **El Salvador** wurde mit Mitteln des Rechtshilfefonds

unterstützt, damit die betroffenen Familien ihren Anspruch auf das Land, das die Shrimpzüchter ihnen gerne abnehmen würden, untermauern.

2013 unterstützten wir die **mexikanische** Menschenrechtsorganisation Comité Cerezo in ihrer Arbeit mit politischen Gefangenen und Aktivist_innen, die von staatlicher Repression und Gewalt betroffen sind. Für ihre mutige und wichtige Arbeit erhielten sie bereits zahlreiche Morddrohungen, aber auch den Aachener Friedenspreis. Mit Geldern des Rechtshilfefonds konnte das Handbuch ¿Que Hacer en el Caso de Desaparición Forzada? (Was tun im Falle von Verschwindenlassen?) neu herausgegeben werden.

Zum **aktuellen Schwerpunkt Agrosprit** haben wir im Herbst 2013 die im Bundestag vertretenen Parteien befragt, wie sie zur Rücknahme der Beimischungsquote stehen, welche Haltung sie zu den Handelsliberalisierungen und insbesondere zur durch das Freihandelsabkommen AdA drohenden Zunahme von Exportmonokulturen haben und was sie von einem Entschädigungsfonds für die durch Pestizideinsatz geschädigten Landarbeiter halten (Antworten auf unserer Seite www.tank-und-tellerrand.net). Die Selbsthilfegruppen bewerten die internationale Aufmerksamkeit und die Solidarität als entscheidende Faktoren für ihr langjähriges Durchhalten. Mit dem Rechtshilfefonds sollen vor allem die Aktionen der Selbsthilfeorganisationen, wie das Protestcamp in Managua, und die juristische Durchsetzung ihrer Ansprüche unterstützt werden.

Weitere Informationen:
www.tank-und-tellerrand.net
www.kleinbauernrechte-jetzt.de

Prekäre Arbeit auf Plantagen

Die Bildung von Gewerkschaften ist untersagt, die Unternehmen führen schwarze Listen; bei Bekanntwerden von gewerkschaftlichen Kontakten und Aktivitäten werden Beschäftigte unter Druck gesetzt oder sofort gekündigt.

Outsourcing: in Verträgen mit Subunternehmern werden die Anzahl der Arbeiter, ihre Löhne, Lebensmittel oder zu schneidende Flächen festgelegt; die Arbeiter haben somit keine direkten Arbeitsverträge mit den Unternehmen, man zahlt ihnen einen bestimmten Betrag pro Tonne geschnittenen Zuckerrohrs.

Vertragliche Arbeitsbeziehungen: dauerhaft (für Verwaltungs- und technisches Personal), dauerhaft ohne Vertrag (mit Sozialversicherung, ohne Zuschüsse für Transport und Verpflegung), lokale Saisonarbeit (für prekäre Kleinbauern mit eigenen Parzellen und Zusatzeinkommen durch die Arbeit in den Plantagen), Wanderarbeiter (saisonal, leben auf der Plantage, von Subunternehmen abhängig). 90% werden für 2-3 Monate angestellt, um Versicherungspflicht zu umgehen. Mangelnde Kontrolle über Sozialversicherungszahlungen: Es gibt viele Fälle, wo erst nach 30 bis 40 Jahren entdeckt wurde, dass nicht einmal die Hälfte gezahlt wurde.

**Spenden an den
Rechtshilfefonds:
ArGe Rechtshilfefonds
Mittelamerika
Konto-Nr. 917179
BLZ 330 500 00
Stadtsparkasse Wuppertal
IBAN:**

**De83 3305 0000 0000 9171 79
SWIFT-BIC: WUPSDE33**

